

Rede zum Neujahrsempfang 2026 an der HHU

Prof. Dr. Anja Steinbeck, Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Es gilt das am 21. Januar 2026 gesprochene Wort.

I. Wenn behauptet wird, „Impfungen oder Paracetamol lösen Autismus aus“ oder „Die Menschen sind nicht für den Klimawandel verantwortlich“ oder „Gegen das Coronavirus wehrt man sich erfolgreich mit der Injektion von Desinfektionsmitteln“, dann geht es nicht mehr um einzelne „Irrtümer“. Dann geht es darum, gezielt wissenschaftliche Erkenntnisse zu leugnen und Falschinformationen zu verbreiten.

Genau das erleben wir derzeit in den Vereinigten Staaten. Gesicherte Erkenntnisse werden bestritten, relativiert oder bewusst verfälscht. Doch es bleibt nicht bei Worten. Die freie Wissenschaft selbst gerät ins Visier politischer Einflussnahme. Besonders betroffen sind jene Forschungsbereiche, die von der Regierung als unbequem angesehen werden: die Umwelt- und Klimaforschung, die Gesundheitswissenschaften, aber auch die Geistes- und Sozialwissenschaften – insbesondere dort, wo diese sich mit Fragen von Diversität, Gleichstellung und Inklusion befassen. Budgets in Millionenhöhe werden gestrichen, bereits begutachtete und bewilligte Projekte werden nachträglich inhaltlich überprüft und von der Förderung ausgeschlossen, sofern sie Begriffe enthalten, die nicht in das neue politische Programm passen: wie etwa „Diversität“, „Inklusion“ oder auch einfach „Frau“. Dass selbst Projekte zur Diversität von Saatgutarten dadurch unter Druck geraten, zeigt beispielhaft die Absurdität, aber auch die Tragweite dieser Entwicklung.

Die Folgen sind gravierend: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verlieren ihre Anstellung und Studierende ihre Aufenthaltstitel. In akademischen Einrichtungen werden Vorgesetzte installiert, die nicht der Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet sind, sondern einer ideologischen Agenda.

All das trifft die Wissenschaft ins Mark. Und zwar nicht nur die einzelnen ins Visier geratenen Disziplinen – sondern die Wissenschaft als Ganzes. Denn wo Forschende fürchten müssen, dass der Gegenstand ihrer Forschung politisch kontrolliert und sanktioniert wird, entsteht Selbstzensur. Die berühmte „Schere im Kopf“. Forschung

orientiert sich dann nicht mehr an Erkenntnis, sondern an möglichen Konsequenzen. So verhindert man Exzellenz. So erstickt man Fortschritt.

Wissenschaft benötigt Räume, in denen sie atmen kann. Geschützt vor politischer Agitation, getragen von Forschungsfreiheit und dem gemeinsamen Anspruch, überprüfbare Wahrheiten ergebnisoffen zu suchen und diese zu verteidigen.

Dieser Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre ist letztlich ein Angriff auf die Demokratie selbst, denn ohne freie Forschung gibt es keinen Fortschritt. Ohne Fakten keine verantwortlichen politischen Entscheidungen. Und ohne freies und kritisches Denken, das in der universitären Lehre vermittelt wird, keine lebendige Demokratie. Kurz: Ohne freie Wissenschaft keine Demokratie.

Hand in Hand mit den Angriffen auf die Wissenschaft gehen Angriffe auf die unabhängige Justiz, auf die freie Presse sowie auf die Kunst- und Kulturszene. Ebenso wird eine aggressive Außenpolitik betrieben, die jegliche Form einer verlässlichen internationalen Zusammenarbeit unmöglich macht. Das Ziel all dessen ist offenkundig: Die liberale Ordnung soll durch ein autoritäres, nationalistisches System ersetzt werden, in dem kritisches, eigenständiges Denken keinen Platz mehr hat.

Das Präsidium der HRK, dem ich seit 6 Jahren angehöre, hat die Sorge deutlich formuliert: „Der politische Druck, der in den USA gegenwärtig auf Hochschulen und Wissenschaft ausgeübt wird, ist schlicht katastrophal. Die Maßnahmen der Trump-Administration sind mit rechtsstaatlichen Prinzipien schwerlich zu vereinbaren, gefährden massiv und nachhaltig die Leistungsfähigkeit des US-Wissenschaftssystems und widersprechen den Werten einer freiheitlichen Gesellschaft – letztlich all dem, wofür die USA über Jahrzehnte weltweit als Vorbild standen.“

II. Was bedeuten diese Entwicklungen für uns in Europa? Eine erste Folge liegt auf der Hand: Wenn ganze Bereiche der medizinischen Forschung oder der Klimaforschung eingestellt werden, wenn über Jahrzehnte gepflegte Datenbanken unzugänglich sind oder gar vernichtet werden, wenn der wissenschaftliche Austausch auf internationalen Konferenzen und Tagungen nicht mehr möglich ist, dann wirft uns das auch in Europa meilenweit zurück. Wissenschaft ist international. Freie Forschung lebt vom offenen Austausch, vom Streit der Argumente, vom

grenzüberschreitenden Dialog. Sie lebt davon, dass Erkenntnisse geteilt, überprüft, weiterentwickelt werden – weltweit. All das gerät in Gefahr, wenn politische Macht sich über wissenschaftliche Freiheit hinwegsetzt.

Doch wer nun glaubt, wir hier in Europa seien gegen ein solches Abdriften immun, der irrt. Auch in Europa sehen wir besorgniserregende Verschiebungen und das nicht nur in Ungarn – sondern auch direkt vor unserer eigenen Haustür. Auch in Deutschland erleben wir Versuche, das Vertrauen in demokratische Verfahren systematisch zu untergraben. Von rechts, von links sowie aus ideologisch oder religiös aufgeladenen Kontexten heraus wird an der Legitimität demokratischer Institutionen gezweifelt und Misstrauen gesät. Auch der Versuch politischer Einflussnahme auf die freie Wissenschaft ist unverkennbar.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle berichtet, dass im Bundesforschungsministerium erwogen wurde, israelkritischen Wissenschaftlern Forschungsgelder zu entziehen. Dieser Vorgang ist zu Recht als „Fördergeld-Skandal“ bezeichnet worden – weil er ein fatales Signal sendete: dass politische Opportunität über wissenschaftliche Freiheit gestellt werden könnte. In Deutschland haben eine funktionierende Verwaltung, eine wachsame unabhängige Wissenschaft und eine freie Presse diesem Ansinnen Einhalt geboten.

Hinzu kommen subtilere Formen des Drucks. Eine wachsende Zahl sogenannter Kleiner Anfragen an die Landesregierungen und die Bundesregierung zu einzelnen Forschungsthemen, zu politischen Einstellungen von Hochschullehrenden oder zur angeblichen „Einseitigkeit“ wissenschaftlicher Ergebnisse ist geeignet, ein Klima der Verunsicherung zu schaffen. Wer fragt, ob der Bundesregierung Studien zur Gesinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorliegen, oder wie Mittel für Diversitäts- und Gleichstellungsprojekte vergeben werden, der zielt nicht auf Information – er zielt auf Stimmungsmache.

Und schließlich ein Beispiel aus Bayern: Das neue Hochschulgesetz sieht vor (Art. 6 Abs. 8), dass Hochschulen mit Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten sollen – und sogar müssen –, wenn das Staatsministerium dies im Interesse der nationalen Sicherheit für erforderlich hält. Eine solche Zwangskooperation stellt zweifellos einen Eingriff in die Forschungsfreiheit und in die Autonomie der Hochschulen dar. Ja, man kann – und man muss – darüber diskutieren, inwieweit ein solcher Eingriff gerechtfertigt ist durch nationale Schutzinteressen. Doch eines zeigt

diese Regelung, die nach meinem Kenntnisstand ohne ausreichende Diskussion Gesetz wurde, deutlich: Wie schnell eine Zeitenwende genutzt werden kann, um in die Freiheit der Wissenschaft einzugreifen.

Ein weiteres Beispiel für den Angriff auf das Ansehen der Wissenschaft und ihrer Vertreterinnen und Vertreter möchte ich nicht unerwähnt lassen, weil mich dieses persönlich tief erschüttert hat: es ist die gescheiterte Wahl von Frau Prof. Frauke Brosius-Gersdorf zur Verfassungsrichterin. Hier haben antidemokratische Lobbygruppen mit einer gezielten Kampagne gegen eine anerkannte Wissenschaftlerin ganze Arbeit geleistet – und damit nicht nur einer Person geschadet, sondern dem Vertrauen in unsere Institutionen. Diesmal hat niemand Einhalt geboten. Das Playbook der Desinformation kam vielmehr erfolgreich zum Einsatz: gezielte Verzerrung, persönliche Diskreditierung und die systematische Normalisierung von Unwahrheiten.

III. Was folgt daraus? Was tun wir, wenn Wissenschaft und mit ihr die Demokratie ins Fadenkreuz geraten? Wie stärken wir unsere Resilienz gegenüber Angriffen auf die Freiheit von Forschung und Lehre?

Der Schutz von Art. 5 Abs. 3 unseres GG, der die Freiheit von Forschung und Lehre garantiert, ist nicht ausreichend. Grundrechte schützen nur solange, wie auch die Machthaber sie respektieren. Und solange wir ein unabhängiges Bundesverfassungsgericht haben. Wenn sich politische Mehrheiten ändern, braucht es keine Verfassungs- oder Gesetzesänderungen, um Forschung und Lehre zu schaden. Die monetäre Steuerung, der Entzug von Mitteln, der gezielte finanzielle Druck – all das kann genügen, um der Wissenschaft und ihrer Freiheit auf kaltem Weg den Garaus zu machen. Deshalb müssen wir früher handeln. Bevor diejenigen an die Macht kommen, die Fakten und Wissen als Bedrohung begreifen. Mit anderen Worten: Jetzt.

Drei Maßnahmen, die wir als Angehörige einer Universität ergreifen können, möchte ich Ihnen vorstellen.

1. Vertrauen: Ein wesentlicher Gradmesser für die Stabilität einer Demokratie ist das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen: in Städte und Kommunen, in Verwaltung und Polizei, in Gerichte – kurz: in jene Instanzen, von denen wir erwarten, dass sie Konflikte lösen, Ordnung sichern und Gerechtigkeit

gewährleisten. Ein demokratischer Staat ist – anders als eine Diktatur – auf dieses Vertrauen angewiesen. Verliert er an Vertrauen, verliert er an Autorität.

Genau hier setzen antidemokratische Kräfte an. Ihr Ziel ist es, Misstrauen zu säen, Zweifel zu schüren, Institutionen zu diskreditieren. Social Media ist dabei zu einem besonders wirksamen Instrument geworden – schnell, laut, oft rücksichtslos gegenüber Fakten.

Für uns heißt das: Im Zentrum steht das Vertrauen in die Wissenschaft. Die empirische Lage ist bislang ermutigend: 55 % der Bevölkerung geben an, der Wissenschaft zu vertrauen – ein im Vergleich hoher Wert. Das Vertrauen in die Bundesregierung liegt bei 28 %, das in die Medien bei nur 22 %. Doch wir tun gut daran, uns auf diesen Zahlen nicht auszuruhen. Auch die Wissenschaft ist nicht gefeit gegen den Verlust ihrer Glaubwürdigkeit. Beunruhigend ist eine Entwicklung, die inzwischen sogar schon einen Namen hat: Sloppy Science – schlampige Wissenschaft.

Wachsender Publikationsdruck, der auf Forschenden lastet, die Abhängigkeit von Drittmitteln und ein zunehmend wettbewerbsgetriebenes System haben dazu geführt, dass zweifelhafte Publikationsorgane auf dem Markt Fuß fassen konnten: scheinwissenschaftliche Zeitschriften, die nicht der Erkenntnis, sondern dem Profit verpflichtet sind, sogenannte Predatory Journals. KI-generierte Artikel, die in diesen Journalen veröffentlicht werden, um den eigenen Lebenslauf aufzuhübschen, treten nun neben Zitationskartelle, Plagiate und manipulierte Daten und erschüttern das Vertrauen in die Wissenschaft. Das ist brandgefährlich. Denn einmal verspielt, lässt sich Vertrauen nur schwer zurückgewinnen. Die Vertrauensserhaltung und -stärkung durch Initiativen, die zum Ziel haben, die Parameter für die Bewertung dessen, was gute Forschung ist, neu auszutarieren – wie z.B. die europäische Initiative COARA – sind daher von ebenso großer Bedeutung wie die Vermittlung eines sachgerechten Umgangs mit KI-Tools in der universitären Lehre.

„Vertrauensstärkung“ ist zudem möglich durch Erklärung, durch Dialog, durch Offenheit. Misstrauen entsteht ja genau dort, wo Austausch unterbleibt. Als Rektorin einer Universität, die sich als Bürgeruniversität versteht, also als Universität, die der Wissenschaftskommunikation und der Beteiligung der Bürger an der Wissenschaft (citizen science) ein großes Gewicht beimisst, bin ich überzeugt: Je mehr

Bürgerinnen und Bürger den Wert unabhängiger Forschung verstehen oder ihn sogar erleben, desto mehr werden bereit sein, diese Forschung zu verteidigen.

Mir ist bewusst: Wissenschaftskommunikation und Partizipation haben Grenzen. Vereinfachung kann Präzision zerstören. Die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse kann von Laien als Unsicherheit oder Inkompetenz missverstanden werden. Es ist ein schmaler Grat zwischen Verständlichkeit und Genauigkeit. Frei nach Einstein: Wir müssen Wissenschaft so einfach wie möglich erklären – aber eben nicht einfacher. Gerade diese Ehrlichkeit, diese Klarheit über Möglichkeiten und Grenzen, ist es, die das Vertrauen in die Wissenschaft sichert und steigert – und eben dieses Vertrauen ist die Grundlage für gute Wissenschaft und eine lebendige Demokratie.

2. Verantwortung: Ein weiterer, unverzichtbarer Baustein demokratischer Resilienz beruht auf der simplen Einsicht, dass hinter den Angriffen auf unsere Demokratie Menschen stehen. Menschen mit Überzeugungen, mit Biographien – und nicht selten mit akademischer Bildung – viele haben eine Universität besucht.

Die Demokratieforschung zeigt: Demokratiebewegungen sind fast immer erfolgreich, wenn sich mindestens 3,5 Prozent der Bevölkerung dauerhaft und gewaltfrei für sie engagieren. Für Deutschland bedeutet dies: wir benötigen rund 3 Millionen aktive Demokratinnen und Demokraten. Ein Hundertstel davon – etwa 30.000 junge Menschen – studieren an der HHU. Das macht deutlich, welche Verantwortung wir als Universität tragen. Es ist unsere Aufgabe, diese Studierenden von der Bedeutung demokratischer Werte zu überzeugen. Denn sie werden es sein, die nach ihrem Abschluss an den Schaltstellen unserer Gesellschaft wirken. Sie werden Verwaltungen leiten, politische Entscheidungen vorbereiten und treffen, in Redaktionen Themen setzen, Schulen und Krankenhäuser gestalten, Kulturinstitutionen prägen, Verantwortung in Wissenschaft und Wirtschaft übernehmen. Ob Menschen in solchen Schlüsselpositionen demokratisch urteilsfähig, verantwortungsbewusst und reflektiert handeln, wird darüber entscheiden, wie Macht ausgeübt wird, wie Konflikte gelöst werden – und wie zukunftsfähig unsere Gesellschaft bleibt.

Die Förderung von Demokratiebewusstsein sollte daher nicht nur im „Leitbild Lehre“ einer Universität verankert sein. Kritisches Denken zu fördern und die Werte der freien Wissenschaft und der Demokratie zu vermitteln, das gehört zum Kern

universitärer Bildung. Es ist einer der wirksamsten Wege, diese Werte dauerhaft zu schützen.

Neben der Verpflichtung, Studierende zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu befähigen (eine Verpflichtung, die bereits das Hochschulrahmengesetz von 1976 formuliert) hat die Universität eine weitere Aufgabe: Sie muss selbst Verantwortung übernehmen. Und sie muss Haltung zeigen. Daran hindert sie auch nicht das sogenannte Neutralitätsgebot.

Neutralität bedeutet Überparteilichkeit. Sie bedeutet, sich nicht parteipolitisch zu positionieren. Eine Universitätsleitung darf nicht die Rolle eines politischen Akteurs einnehmen, bspw. keine Wahlempfehlungen aussprechen – und das ist richtig. Wer jedoch meint, das Neutralitätsgebot verlange Schweigen angesichts verfassungsfeindlicher Positionen – ob von rechts oder von links – und verbiete die Teilnahme an Demonstrationen für die freiheitliche Ordnung, der schleicht sich aus der Verantwortung. Ein solcher Rückzug würde antidemokratischen Kräften in die Hände spielen. Neutral heißt nicht unpolitisch. Neutral heißt erst recht nicht: wegducken. Im Gegenteil: Viele Mitglieder der Universität haben als Beamtinnen und Beamte einen Eid auf die Verfassung geleistet – sie zu achten und zu verteidigen. Und § 1 Abs. 3 der Grundordnung der HHU verpflichtet die Universität ausdrücklich zur Mitwirkung an der Erhaltung und Weiterentwicklung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Deshalb richtet die Heinrich-Heine-Universität ihr Handeln an den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aus. In Fragen der Demokratie ist sie keine neutrale Beobachterin. Und ihre Leitung wird sich nicht durch ein falsch verstandenes Neutralitätsgebot davon abhalten lassen, diese Demokratie aktiv zu verteidigen.

3. Neben Vertrauen und Verantwortung tritt ein drittes, unverzichtbares Gegenmittel: die Solidarität. Um ihre Bedeutung für die Demokratie zu verstehen, müssen wir noch einmal über den Atlantik blicken. Denn was sich dort politisch und gesellschaftlich durchsetzt, erreicht uns bekanntlich mit zeitlicher Verzögerung. Die Entwicklungen dort wie in anderen Ländern, in denen sich autoritäre Bewegungen durchsetzen, führen uns eindringlich vor Augen, wie verletzlich demokratische Institutionen sind, wenn sie nicht zusammenstehen, sondern einzeln handeln. Im Herbst 2025 versuchte das Weiße Haus, mehrere führende US-Universitäten zu bewegen, einen

sogenannten Compact for Academic Excellence in Higher Education zu unterzeichnen. Mit diesem Compact sollten sich die Universitäten verpflichten, politische Vorgaben umzusetzen – etwa in der Zulassungspolitik, im Verständnis von Meinungsfreiheit oder in der Ausgestaltung von Lehrinhalten. Im Gegenzug sollten sie finanzielle Vorteile erhalten. Viele Universitäten erklärten öffentlich, dass sie eine solche Vereinbarung nicht unterzeichnen würden. Mitte Oktober titelte die New York Times: „Die Universitäten bieten Trump die Stirn“. Doch seither haben mehrere prominente Hochschulen individuelle Übereinkünfte mit der Regierung geschlossen – mit teils weitreichenden Zugeständnissen.

Ich vermag nicht zu beurteilen, ob der Widerstand der Wissenschaftsgemeinschaft durch offene Briefe, durch Initiativen wie „Stand up for Science“ und Klagen großer Universitäten dazu beigetragen hat, zumindest den völligen Zusammenbruch der Forschung zu verhindern oder ob es zu wenige waren, die sich solidarisch erklärt haben in der Hoffnung, dem Zorn des Präsidenten zu entgehen.

Ich vermag auch nicht zu beurteilen, inwieweit die Kritik europäischer Staaten an den Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit und die Erklärung der Solidarität mit amerikanischen Universitäten mehr waren als ein wichtiges, aber letztlich folgenarmes Signal. Und schließlich weiß ich nicht, wie weit die Solidarität unter uns deutschen Hochschulen reichen würde, sollte es auch hier einmal zum Schwur kommen.

Doch eines ist gewiss: Wo demokratische Kräfte gemeinsam, abgestimmt und entschlossen handeln, haben antidemokratische Bewegungen keinen Erfolg. „Divide et impera“ ist eine alte Methode der Macht. Ihr kann man nur begegnen, indem man zusammensteht. Einigkeit setzt der Macht der Spaltung eine Grenze.

IV. Meine Damen und Herren, wir haben viel zu verlieren, denn es steht viel auf dem Spiel. Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse geleugnet, wenn Fakten durch Ideologie ersetzt werden und Forschung politisch kontrolliert wird, dann geht es nicht mehr nur um die Freiheit der Wissenschaft. Dann steht unsere Demokratie selbst zur Disposition.

Also müssen wir diese Freiheit verteidigen – nicht als Privileg einer akademischen Elite, sondern als Fundament unserer offenen, demokratischen Gesellschaft. Jeden Tag können wir alle etwas für unsere Demokratie tun. Universitäten tragen dabei eine

besondere Verantwortung. Sie sind nicht nur Orte der Erkenntnis, sondern auch Orte demokratischer Praxis. Es ist unsere Aufgabe, das Vertrauen in die Wissenschaft weiter zu stärken, Verantwortung zu übernehmen und sich bei Angriffen solidarisch zu zeigen.

Wenn wir wollen, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft resilient ist, dann müssen wir die Wissenschaft jetzt stärken – mit aller Kraft, die wir haben!

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!